



Der Kreisausschuss



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Landkreis Gießen • Der Kreisausschuss • Postfach 11 07 60 • 35352 Gießen

An die Mitglieder

- des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses
- des Ältestenrates
- des Kreisausschusses

Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Euler
Gebäude F, Raum 209
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641 9390-1530
Fax 0641 9390-1787
thomas.euler@lkgi.de
www.lkgi.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
91 000-109a

Datum
25. März 2013

Überprüfung der Mitglieder von Kreistag und Kreisausschuss auf eine frühere NSDAP-Mitgliedschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage erhalten Sie einen Zwischenbericht zu der im Betreff genannten Angelegenheit im Sinne des Kreistagsbeschlusses vom 19. September 2011. Dieser wurde mit Schreiben vom 14. Februar 2013 versandt an:

- das Historische Institut (Zeitgeschichte) der Justus-Liebig-Universität,
- den ehem. Kreistagsvorsitzenden Karl Starzacher, der Gespräche mit Betroffenen führen wird,
- die Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz, wegen der Kooperation mit der Stadt Gießen,
- und Herrn Jörg-Peter Jatho (mit Dank für seine Rechercharbeiten).

Seit der Erstellung dieses Zwischenberichtes (am 30. Januar 2013) und heute haben sich jedoch noch einige Erkenntnisse ergeben, die wir Ihnen auf diesem Wege ergänzend mitteilen. Hintergrund ist die Tatsache, dass zum einen zwischenzeitlich (März 2013) der Magistrat der Stadt Gießen seinen Zwischenbericht vorgelegt hat, und dass die Historische Kommission des Hessischen Landtages (im Februar 2013) den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“¹ vorgelegt hat. Diese Terminierung steht sicher auch im Zusammenhang mit den Ereignissen vor achtzig Jahren, als Adolf Hitler Reichskanzler wurde und dieser nach und nach die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik abgeschafft und durch eine grausame Diktatur ersetzt hat.

Der für die Ausführung des o.g. Kreistagsbeschlusses zuständige Stabsstellenleiter des Landkreises Gießen hat darüber hinaus am 13. März 2013 an einer Veranstaltung des DGB Mittelhessen zum Thema „Gießen unterm Hakenkreuz. Die Machtergreifung in Oberhessen“ und – gemeinsam mit dem Gießener Stadtarchivar und dem ehemaligen Kreistagsvorsitzenden Karl Starzacher – an der Veranstaltung des Hessischen Landtages in Wiesbaden am 14. und 15. März 2013 zum Thema „NS-Vergangenheit ehemali-

¹ Dr. Albrecht Kirschner: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen - 2013

...2

Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss
Postfach 11 07 60
35352 Gießen

Telefon 0641 9390-0
Fax 0641 33448
E-Mail info@lkgi.de
Internet www.lkgi.de

Konten der Kreiskasse Gießen
Sparkasse Gießen IBAN DE34 5135 0025 0200 5033 67
Volksbank Mittelhessen IBAN DE74 5139 0000 0000 1068 01
Postbank Frankfurt IBAN DE82 5001 0060 0032 8786 01



ger hessischer Landtagsabgeordneten“ teilgenommen. Bei der Wiesbadener Veranstaltung beschäftigten sich die Teilnehmer am ersten Tag mit „NS-Belastungen in den deutschen Parlamenten nach 1945“ und am zweiten Tag mit „Perspektiven der Forschung“.

Die zusätzlich gewonnenen Erkenntnisse stellen sich wie folgt dar:

1. Bei diesem Zwischenbericht handelt es sich um eine reine **Information an die Kreistagsabgeordneten**, um zu dokumentieren, dass sich die Kreisverwaltung intensiv der vom Kreistag am 19. September 2011 beschlossenen Aufgabe annimmt. Sie hat keinen wissenschaftlichen Ansatz, weil diesbezüglich die Justus-Liebig-Universität Gießen – Historisches Institut (für Zeitgeschichte) – beauftragt ist. Herr Prof. Dr. Dirk van Laak vom Historischen Institut (für Zeitgeschichte) der Justus-Liebig-Universität teilte zwischenzeitlich (am 18. Februar 2013) mit, dass der Student, der zu dieser Thematik („*Der demokratische Wiederaufbau in Gießen nach 1945 – Politische Weichenstellungen und der Umgang mit der NS-Vergangenheit*“) seine Master-Thesis schreibt, bereits aktiv ist.
2. Bei den Jahrgängen 192x spricht die Forschung von „**jungen Verführten**“ und von daher ist die in unserem Zwischenbericht vorgenommene Unterteilung in Kategorie A (Personen, die zu Beginn der NS-Zeit noch Kinder waren, also im Regime aufgewachsen sind) und Kategorie B (Personen, die bewusst die NS-Zeit und auch die Zeit davor als Erwachsene miterlebt haben) ein guter Ansatz zur Differenzierung.
3. Auch hat der ZDF-Dreiteiler „*Unsere Mütter, unsere Väter*“ im März 2013 eine Welle des Hinterfragens der Rolle eigener Angehöriger in der NS-Zeit ausgelöst. In diesem Zusammenhang startete die Gießener Allgemeine Zeitung (wie viele andere Medien auch) einen Leseraufruf zu Familiengeschichten.² Diese Fernsehserie hat gezeigt, dass es im Zweiten Weltkrieg „*nicht nur schwarz-weiß, sondern ganz viel grau gab.*“³ Auch vor diesem Hintergrund war die **Differenzierung** in unserem Zwischenbericht wichtig und richtig.
4. Im zeitlichen Zusammenhang mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und hier besonders nach der Reichstagswahl März 1933 kam es zu zahlreichen Eintritten in die NSDAP, nicht zuletzt von Beamten und staatlichen Angestellten, denen ein Beitritt bis dahin verboten war. Diese Neumitglieder, denen von den „alten Kämpfern“ Opportunismus unterstellt wurde, wurden als „**Märzgefallene**“ oder „Märzveilchen“ verspottet. Um ihren Einfluss klein zu halten, erließ die NSDAP am 19. April 1933 eine vierjährige Aufnahmesperre mit Wirkung zum 1. Mai 1933.⁴ Auf der vorletzten Seite unseres Zwischenberichtes werden wir dieser Differenzierungs-Tatsache gerecht. Hier sind im Jahr 1933 insgesamt 6 Eintritte in die NSDAP zu verzeichnen.

² Gießener Allgemeine Zeitung vom 23. März 2013 und Ankündigung weiterer Sonderseiten in den Wochenend-Folgeausgaben.

³ Günther Jauch in der TV-Debatte dazu: „Mutter, Vater, was habt Ihr im Krieg getan? Die Geschichten unserer Familien“

⁴ Cornelia Schmitz-Berning: *Märzgefallene*. in: *Vokabular des Nationalsozialismus*. Walter de Gruyter, Berlin/New York 2000

5. Es ist außerdem zu beobachten, dass es mitunter zu **kollektiven Masseneintritten**, zum Beispiel zum 20. April („*Führergeburtstag*“), 1. Mai („*Nationalen Feiertag des deutschen Volkes*“) oder 1. September (Jahrestag des Kriegsbeginns) gekommen ist. Bei dem untersuchten Personenkreis der späteren Gremienmitglieder des Landkreises Gießen sind 6 Personen zum 20. April (1943 und 1944), 9 Personen zum 1. Mai (1933 und 1937) und 3 Personen zum 1. September (1939, 1940 und 1942) der NSDAP beigetreten. Dennoch ist festzustellen, dass es eines unterschriebenen individuellen Aufnahmeantrages für eine NSDAP-Mitgliedschaft bedurfte.
6. Der **Anteil der NS-Belasteten an der Gesamtzahl** der Kreistagabgeordneten ist bei den untersuchten Personen im Landkreis Gießen (im Untersuchungszeitraum von 1946 bis 1989) niedriger als bei den untersuchten Landesparlamenten in Hessen, Niedersachsen und Bremen:

Vergleich (Gesamtzahl ohne Differenzierung in Kategorie A und B) der Parlamente:

Fraktion:	Landkreis Gießen	Hessischer Landtag
SPD	8,5 %	14,6 %
CDU	8,9 %	19,8 %
LDP- bzw. FDP-Fraktion	31,8 %	38,0 %
BHE/GB-Fraktion	45,0 %	68,4 %

Anmerkung:

Die SPD-Fraktion war in allen 12 Legislaturperioden (1946 – 1989) des Untersuchungszeitraums im Gießener Kreistag vertreten,
die CDU-Fraktion war in 11 Legislaturperioden (1948 – 1989, davon 1956 – 1960 in der Listenverbindung CDU/FDP/FVP/Landvolk) im Gießener Kreistag vertreten,
die LDP- bzw. FDP-Fraktion war nur in 8 Legislaturperioden (1948 – 1952 als LDP, 1952 – 1956 und 1960 – 1964 in der Listenverbindung FDP/Landvolk, 1956 – 1960 in der Listenverbindung CDU/FDP/FVP/Landvolk und 1964 – 1976 sowie 1981 – 1985 als FDP-Fraktion) im Gießener Kreistag vertreten,
und die BHE-Fraktion war in nur 5 Legislaturperioden des Gießener Kreistags vertreten (1956 – 1964 als GB/BHE, 1964 – 1972 als GDP/BHE).

7. Nach der Vorstellung des städtischen Zwischenberichtes im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss der Gießener Stadtverordnetenversammlung am 4. März 2013 erklärte der Initiator des ursprünglichen Hauptantrages, auf den der Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juni 2011 zurück geht, Herr Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender Jonas Ahlgrimm:

„Uns geht es nicht darum, eine Kampagne zu starten, sondern darum, dass das Thema historisch sauber aufgearbeitet wird.“⁵

Anders kann und darf auch dieser Zwischenbericht des Landkreises Gießen nicht verstanden werden. Es geht hier um eine **historisch saubere Aufarbeitung der Zeitgeschichte**.

8. Wie in unserem Zwischenbericht dargestellt, haben wir uns entschieden, zum jetzigen Zeitpunkt noch **keine Namen** bekannt zu geben außer den Namen, die durch andere veröffentlichte Berichte ohnehin bereits bekannt sind. In dieser Entscheidung wurden wir einerseits bekräftigt, weil bei der Bekanntgabe der

⁵ Gießener Anzeiger, 6. März 2013

Namensliste in den städtischen Gremien bereits eine Person abstreitet, jemals Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Hier kann durchaus ein Recherchefehler vorliegen, weil Namensverwechslungen wegen der Schreibweise des gängigen Vor- und Zunamens möglich waren. Außerdem wurden wir in unserer Haltung durch den Vortrag von Prof. Dr. Thomas Vogtherr („*Die Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter während des Nationalsozialismus – Bericht über ein 2012 abgeschlossenes Forschungsprojekt*“) bei der Wiesbadener Veranstaltung bestärkt, der aus vorgenannten Gründen empfiehlt, bis zur zweifel-freien Übereinstimmung der Namen diese unter Verschluss zu halten.

9. Zum ehemaligen stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten (1959 – 1963) **Gotthardt Franke**, der auch Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen (1952 bis 1956) war, wurde festgestellt, dass dieser zwar erst im Jahr 1938, als das Sudetenland dem Deutschen Reich angegliedert wurde, der NSDAP beitrug, aber bereits seit 1935 der Sudetendeutschen Partei angehörte, die als „*Fünfte Kolonne Hitlers*“ bezeichnet wurde.⁶ Da zurzeit noch Unklarheiten hinsichtlich dessen Entnazifizierungsverfahren bestehen, wurde in der Wiesbadener Tagung noch weiterer Forschungsbedarf in dieser Angelegenheit erkannt.
10. Aus der Wiesbadener Tagung war ersichtlich, dass die Häufigkeit NS-Belasteter Mitte der 1950-er Jahre bis in die 1960-er Jahre zunahm und danach abebbte. Diese **Verteilung auf die Legislaturperioden** wurde bei unserem Zwischenbericht nicht untersucht.
11. Bei der Wiesbadener Tagung wurde auch darüber beraten, warum die Deutschen zunächst in den 1950-er und 1960-er Jahren ihre Vergangenheit nicht offensiv aufgearbeitet haben, dies erst nach den Studentenrevolten erfolgte und man sich erst heute die Nachkriegsparlamente anschaut:
„*Den Deutschen der Nachkriegszeit attestiert der deutsche Philosoph Hermann Lübbe also eine wohlbedachte Zurückhaltung im privaten und öffentlichen Umgang mit der Nazi-Erbschaft. Es herrscht eine ‚diskrete Stille‘. Was Alexander Mitscherlich (dt. Arzt, Psychoanalytiker und Schriftsteller) seinerzeit als ‚Unfähigkeit zu trauern‘ diagnostizierte, wird für Hermann Lübbe nun zur notwendigen Bedingung des politisch-sittlichen Wiederaufbaus. Die ‚gewisse Stille‘ und ‚Zurückhaltung‘, besonders die ‚nichtsymmetrische Diskretion‘ des Widerständlers gegenüber dem Alt-Nazi deutet er als löbliche ‚Bemühung, zwar nicht diese Vergangenheit, aber doch ihre Subjekte in den neuen deutschen Staat zu integrieren‘. Der Prozess der ‚integrativen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus‘, so Lübbes Pointe, sei erst durch die intransigenten Studenten der 68er Generation unterbrochen worden.*“⁷

⁶Jörg Osterloh: *Sudetendeutsche Heimatfront*. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus*. Bd. 5. *Organisationen, Institutionen, Bewegungen*. W. de Gruyter, Berlin 2012, S. 591.

⁷ Helmut Dubiel und Günther Frankenberg: „Entsorgung der Vergangenheit - Widerspruch gegen eine neokonservative Legende“ in: *Die Zeit* vom 18. März 1983

12. Prof. Dr. Ulrich Herbert sprach in seinem Vortrag „*NS-Eliten in der Bundesrepublik: Beharrung, Anpassung, Konversion*“ bei der Wiesbadener Tagung, dass – anders als beim Bolschewismus und in der SED-Herrschaft der DDR – die **Unterstützung des NS-Regimes durch die Bevölkerung** enorm groß war. so soll die Zustimmung zum Regime nach der Einnahme von Paris im Jahr 1940 bei zwei Dritteln der Bevölkerung gelegen haben. Die NSDAP hatte zur Zeit der „Machtergreifung“ (1933) 849.009 Mitglieder (partei eigene Statistik), bis 1945 wuchs diese Zahl auf 7,5 Millionen an.⁸
13. Der ehemalige Kreistagsvorsitzende Karl Starzacher wurde unter Ziffer 2 der „Empfehlungen zum weiteren Vorgehen“ auf der letzten Seite unseres Zwischenberichtes darum gebeten, mit den ihm bekannten, heute noch lebenden Mitgliedern von Kreistag und Kreisausschuss, die zuvor Mitglied der NSDAP waren und später nachweislich am demokratischen Aufbau unserer Gesellschaft teilgenommen haben, **Gespräche** zu führen, um gegebenenfalls Hintergründe für deren damaliges Handeln und deren politisches Umdenken zu erfahren. Dabei handelt es sich um insgesamt 6 Personen mit den Jahrgängen 1914, 1920, 1922 und 1926. Herr Starzacher hat zwischenzeitlich die **Betroffenen** angeschrieben und einen Fragekatalog entwickelt, der die gewünschte Fragestellung, aber auch Fragen zur **Auseinandersetzung** mit deren früheren NSDAP-Mitgliedschaft beinhaltet.
14. Im Land Hessen sind die **Projektkosten** noch nicht ermittelt, da dieses Projekt noch läuft. In Niedersachsen hat dieses Projekt 119.000,- € gekostet. Beim Landkreis Gießen bestehen die projektbezogenen Kosten in erster Linie aus Personalkosten. Bis heute sind dafür ca. 37 Wochenarbeitsstunden eines Oberamtsrates (Besoldungsgruppe A 13) anzusetzen, was nach Personalkostentabelle ca. 2.000,- € ausmacht. Im Übrigen wurden für Schreib-, Such- und Kopierarbeiten überwiegend Auszubildende eingesetzt. Papier-, Kopier und Portokosten sind zu vernachlässigen. Der Druck des Zwischenberichtes und dieses Vorberichtes kostete 1.000 €. Wir **danken** an dieser Stelle Herrn Hans-Jörg Jatho, der unentgeltlich auf eigene Kosten die umfangreichen Recherchearbeiten vor allem in Berlin beim Berlin Document Center bzw. Bundesarchiv vorgenommen hat, sowie Herrn Karl Starzacher für sein Engagement bei den anstehenden Gesprächen.

Mit freundlichen Grüßen

Anita Schneider
Landrätin

Anlage: Zwischenbericht zur Überprüfung der Mitglieder von Kreisausschuss und Kreistag auf eine frühere NS-Mitgliedschaft

⁸ Ulrich Raulff in: [Süddeutsche Zeitung](#) vom 25. September 2004.